

# Die vorgestellte Welt

## Über falsche Auswege aus der Sackgasse Kritischer Theorie

JAN HUISKENS

Ein häufig gegenüber der Kritischen Theorie auftretender Vorwurf ist der, dass ihre Vertreter bloß redeten und sich in ihrer Ohnmacht suhlten, anstatt endlich anzupacken und die Wurzel allen Übels - das Kapitalverhältnis - ein für allemal auszureißen. Es gelte, wie schon die Linkshegelianer betonten, den Boden der Philosophie zu verlassen und zur Tat zu schreiten, anstatt sich mit Nebensächlichkeiten wie begrifflicher Reflexion weiter aufzuhalten. So richtig es ist, dass sich die bestehenden Verhältnisse nur durch einen kollektiven Akt und nicht durch bloßes „Umdenken“ ändern lassen und so notwendig es ist, immer wieder darauf hinzuweisen, dass jeder Tag, an dem das Kapitalverhältnis fortbesteht, massenhaft Tod und Elend bedeutet, so falsch ist es andererseits, sich zur Unmittelbarkeit der erlösenden Tat zu bekennen, wenn diese ohne kritisches Bewusstsein vom Abzuschaffenden vonstatten gehen soll. Werden Theorie und Praxis getrennt, so wird die Spaltung in geistige und körperliche Arbeit nur schlecht reproduziert und ihr Zusammenhang ausgeblendet. Der Standpunkt der Praxis trägt, dank dieser ideologischen Aufspaltung in Geist und Körper, immer schon die Tendenz zum Antisemitismus in sich, die Verteufelung des Abstrakten, dem der Kult des geschundenen Körpers und der verelendenden Arbeit entgegen gesetzt wird. Der Kern des kritischen Materialismus besteht gerade darin, Geist und Körper als dialektische Einheit zu denken

und damit sowohl ihrer gesellschaftlichen Trennung, die sich als Herrschaft darstellt, Rechnung zu tragen als auch ihre Versöhnung zum Telos zu erheben.

Nun ist dies ein hehres Ziel, soll es jedoch wirklich werden und von der Potentialität in die Aktualität übergehen, drängt sich, das soll keineswegs gelehnet werden, die Frage nach revolutionärer Praxis auf. Es ist jedoch - das hat die Ge-

den ganz und gar konterrevolutionären Verhältnissen zu erörtern. In Zeiten, in denen noch die Fortschritte der bürgerlichen Revolution scheinbar unaufhaltsam kassiert werden, mag die Notwendigkeit einer Flucht nach vorn einzig vernünftig erscheinen, doch darf nicht verdrängt werden, dass Individuen in der herrschenden Gesellschaftsordnung als Kapitalsubjekte gesetzt sind und sie daher die Herrschaft des Kapitals im Zwei-

felsfall bis auf die Knochen verteidigen, selbst wenn dies rein zweckrational betrachtet widersinnig anmuten mag. Noch der spontane Antikapitalismus, dem immer mehr Menschen verfallen (man denke an den Erfolg von Linkspartei und NPD), gründet - soviel sollte eigentlich mittlerweile bekannt sein - nicht in einem kritischen Bewusstsein dessen, was ist, sondern in dessen Affirmation und Fetischisierung. Wenn es für Kommunisten etwas gibt, an das sie appellieren können, in der Hoffnung, Gehör zu finden, dann ist es zwar nicht der unverdinglichte Rest, aber doch das, was vom egoistischen Individuum nach dem Prozess der realen Subsumtion unter das Kapital noch geblieben ist. Der Widerspruch zwischen formaler und realer Subsumtion ist für die kommunistische Kritik eine echte

Existenzfrage. So lange das Subjekt nicht ausschließlich ein kapitales ist, sondern auch noch den Widerspruch zwischen bourgeois und citoyen, den Widerspruch zwischen Egoismus und gesellschaftlich gebotenen permanenten Verzicht reflektiert, ist nicht alles verloren.



*Wie soll man da nur wieder rauskommen?*

schichte der revolutionären Erhebungen gezeigt - zu kurz gedacht, wenn man die Frage nach der revolutionären Praxis auf eine Frage der Taktik beschränkt. Zunächst einmal wäre der Widerspruch zwischen der prinzipiellen Notwendigkeit und Möglichkeit einer Revolution und

Die Möglichkeit der kommunistischen Revolution ist deshalb im doppelten Sinne historisch: Erstens, weil das Kapital die Bedingungen seiner Abschaffung selbst hervorgebracht hat, indem es die Produktivkräfte in einer Weise entwickelte, die es zulässt, den Hunger abzuschaffen und den natürlichen Zwang zur Arbeit auf ein Minimum zu reduzieren [1]; zweitens weil der Bürger, der an sich die Differenz zwischen Anspruch (Bedürfnis) und Wirklichkeit (Befriedigung) bemerkt und nach Möglichkeiten ihrer Aufhebung umsehen kann, ein Produkt des Kapitals ist.

Wenn die Möglichkeit des Kommunismus ein Resultat der Selbstverwertung des Werts ist und diese Bewegung zugleich den Kommunismus verunmöglicht, weil sie an den Subjekten nicht spurlos vorüber zieht, sondern diese sich zusehends einverleibt und als Gliedmaßen und Verdauungsorgane ihres eigenen Wesens wieder ausspuckt, dann erhält sich die Möglichkeit des Kommunismus nur durch die radikale Kritik an der Wertvergesellschaftung. Nur dann, wenn es noch Subjekte gibt, die den Prozess der realen Subsumtion reflektieren und sich ihm verweigern wollen, besteht die Möglichkeit fort, andernfalls gerät sie in Vergessenheit und stirbt damit ab. Auf ein unverstelltes Eigentliches, in dem der Drang zur Emanzipation keimt, mögen andere hoffen, die materialistische Kritik hält sich an das, was ist. Mit den Begriffen Kritik und Verweigerung ist die Praxis sowohl aktiv als auch passiv gefasst. Während die Kritik zum Angriff übergeht, schonungslos benennt und denunziert, was ist und was nicht sein soll, ist die Verweigerung limitiert auf kurz aufblitzende Momente, die es zu nutzen gilt. Dem Individuum bleibt abseits der Revolution keine Möglichkeit, sich dauerhaft den manifesten Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft zu entziehen. [2] Nur im Einzelfall, etwa in Arbeitskämpfen mit als „utopisch“ denunzierten Forderungen, kann die Arbeitsverweigerung kurzzeitig zur Störung der Ordnung führen, auch wenn sie gleich wieder als Streit um eine „sozialverträgliche“ Lohnerhöhung in das Kapital als Selbstverhältnis integriert wird. Sobald die Charaktermasken des variablen Kapitals diese



Schell-Lok Holmes ermittelt gegen die Deutsche Bahn

Maske abstreifen und eben nicht nur um mehr Lohn, sondern um die Abschaffung von Geld und Warentausch streiten, ist dies eine tendenziell revolutionäre Situation. Fordern die Arbeiter dagegen mehr Lohn, allerdings soviel, dass die Forderung vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt als illusionär erscheint, so kommt alles darauf an, ob die Forderung taktischer Natur ist oder ob damit die grundsätzlich mangelhafte Befriedigung vorhandener Bedürfnisse deutlich gemacht werden soll. Weil der Kapitalismus grundsätzlich weder in der Lage noch willens ist, die Bedürfnisse der ihn tragenden Subjekte zu befriedigen, macht es keinen Sinn, einen „gerechteren Kapitalismus“ zu fordern.

Die Lokführer, deren Kampf von der konkurrierenden Transnet massiv torpediert wird, wissen, dass ihr Streik, wenn sie ernst machen, die hiesige Ökonomie in die Krise stürzen könnte. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung jedenfalls befürchtet: „Ein Bahnstreik kann im schlimmsten Fall die ganze Volkswirtschaft ins Chaos stürzen.“ (*Spiegel*, 2.10.07) Leider scheinen es die Lokführer mal wieder nur symbolisch zu meinen. So ließ die GDL verlautbaren: „Wir wollen ein Zeichen setzen, danach ist der Arbeitgeber am Zug.“ Was vom so genannten Arbeitgeber erwartet wird, ist ein großzügiger Kompromiss. Anstatt der angekündigten 4,5 % Lohnerhöhung fordert die GDL 31 %. Darauf würde sich die Bahn nur einlas-

sen, wenn sie dazu gezwungen würde. Da aber die Sozialpartnerschaft in Deutschland immer noch vom Staat verwaltet wird, kann Frau Kemfert begründeterweise fordern, dass, „sollte das Hickhack weitergehen, [...] sich schnellstens die Politik einschalten“ müsse. Angela Merkel hat diese Bitte von Seiten der Deutsche Bahn-Chefs Mehdorn zwar ausgeschlagen mit der Begründung, auch wenn die Bahn in öffentlicher Hand sei, habe sie sich wie ein ganz normales Wirtschaftsunternehmen zu verhalten. Umgekehrt heißt das jedoch auch, dass der Staat sich der GDL gegenüber verhält wie jeder anderen Gewerkschaft gegenüber auch: Solange alles im gemeinwohlverträglichen Rahmen bleibt, wahrt der Staat sein Selbstbild als liberaler Wettbewerbsstaat, wird dieser Rahmen jedoch gesprengt, interveniert er. Bezogen auf Merkels Ablehnung einer politischen Intervention in den Arbeitskampf lässt sich daraus schließen, dass die Bundeskanzlerin genau weiß, dass sich die beiden Parteien schon einigen werden, weil es beiden nicht um einen Bruch, sondern um den Erhalt der Sozialpartnerschaft geht. Arbeitskämpfe, an die sich anschließen ließe, wären also nur solche, die es auf die Provokation der Krise des Waren produzierenden Systems abgesehen haben. Nicht, weil es Arbeiter sind, die protestieren, könnte man sich ihnen in besonderen Situationen anschließen, sondern nur dann macht kommunistische Solidarität Sinn, wenn Menschen sich gegen ihre Funktion als variables Kapital, als

Arbeitskraftbehälter richten, indem sie die Fortsetzung des Ganzen zu unterminieren trachten. Die Arbeiterklasse ist als solche weder ein reales revolutionäres Subjekt, noch ein potentielles. So umfassend der Fetischismus der kapitalen Vergesellschaftung die ihr mit Haut und Haaren verschriebenen Subjekte blendet, so wenig gibt es ein unverstelltes Eigenliches, was einer besonderen Gruppe von Kapitalsubjekten ausschließlich oder vornehmlich zukäme.

Angesichts dieser einigermaßen düsteren Aussichten ist die kommunistische Kritik ein Wagnis, dem man mit guten Gründen Unverantwortlichkeit vorhalten kann. Schließlich impliziert der Wille zur Veränderung des gesellschaftlichen Zustandes immer auch die Möglichkeit des Rückfalles hinter emanzipatorische Errungenschaften. Was jedoch von solcher Kritik, die oft genug in der Gestalt des Oberlehrers auftritt, verleugnet wird, ist, dass die notwendig blinde Fortexistenz des Kapitalverhältnisses eben auch die Möglichkeit des Umschlages in die Barbarei reproduziert und daher der Konservatismus keineswegs eine taugliche Waffe gegen diesen Umschlag darstellt. Aus diesem Grund fallen konsequenter Antifaschismus (verstanden als Abwehr reaktionär antikapitalistischer Bestrebungen) und kommunistische Kritik letztendlich in eins, werden ununterscheidbar, weil erstens der bloß konservative Antifaschismus die Entstehungsbedingungen der barbarischen Option nicht begreifen kann und aus diesem Grund auf personalisierende („Hitlerismus“) oder moralisierende („das Böse“) Erklärungsansätze zurückgreift, und weil sich zweitens jede kommunistische Aufhebungsperspektive nur in der radikalen Zurückweisung reaktionären Antikapitalismus' als emanzipatorisch behaupten kann. Derart ständig mit dem Allerschlimmsten konfrontiert, muss der kritische Materialismus von der Maxime ausgehen, dass sich das furchtbarste Grauen, das je auf Erden herrschte, jederzeit wieder ereignen kann. Der innere Antrieb der Kritik ist negativ und verweigert sich schon deshalb jeder Praxis, die ein Ideal verwirklichen möchte, nenne dieses sich Kommunismus oder Diktatur des Proletariats.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund das Entstehen junger, sich als „rätekommunistisch“ verstehender Gruppen [3], die - wie ehemalige antideutsche Kommunisten aus Berlin mehrfach lobend, wenn auch treffend und zeitgeisttypisch anmerkten - die „negative Fixierung auf die alte Welt“ aufgegeben haben und deshalb ihre „Ablehnung der Gegenwart“ nicht mehr nur über „einen Umweg über die nationalsozialistische Vergangenheit“ ausdrücken [4], so sieht man in deren erneuter Hinwendung zum Proletariat nicht viel mehr als eine Verdrängungsleistung. Zwar betonen etwa die Freunde und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft, dass „erhebliche Teile des deutschen Proletariats in der Volksgemeinschaft“ aufgegangen seien, aber das scheint für sie kein Widerspruch zu der Behauptung zu sein, das Proletariat kämpfe „bereits weltweit“ für „seine Selbstaufhebung“. [5] Unter Selbstaufhebung verstehen sie den revolutionären Akt der Abschaffung der Klassen, vernachlässigen aber ihre eigene Erkenntnis, dass die gegenwärtige eine klassenlose Klassengesellschaft ist und daher das Proletariat schon längst in einen bloß funktionalen Bestandteil des Kapitals verwandelt wurde. Es gibt kein Proletariat, das um seine Selbstaufhebung kämpfen würde, sondern nur Staatsbürger, die sich in der einen oder anderen Weise um das Wohl des Ganzen sorgen. Die Rätekommunisten ignorieren die Konsequenzen ihrer eigenen Erkenntnisse und setzen diesen ein trotziges „Na und?!“ entgegen. Das Proletariat, das es noch nicht zum Klassenbewusstsein geschafft habe, weswegen es einer revolutionären Avantgarde bedürfe, die auf Streikversammlungen bei Opel eifrig Flugblätter und Belehrungen verteilt, sei nicht nur ein, sondern der Adressat revolutionärer Agitation. Die „weltweite Aneignung und Revolutionierung der Produktion des materiellen Lebens“ hänge „in letzter Instanz“ vom proletarischen Wissen ab. Dass eine solche Revolutionierung auch des nicht-proletarischen - medizinischen, technischen und hoffentlich auch des künstlerischen - Wissens bedarf, bleibt im Interesse der Emanzipation festzuhalten.

Sichtbar wird hier, wie schnell aus einem intellektuell anspruchsvollen,

keineswegs naiven Umschwenken auf die Praxis eine Rückkehr zu überwinden geglaubten Positionen werden kann, die die Geschichte verdrängt und auf Hoffnung stiftenden Begriffen fußt, die nichts als Illusionen sind. Die Praxis an der Seite des sich noch nicht selbst erkannt habenden Proletariats ist kein Ausweg aus der Sackgasse kritischer Theorie, sondern nur ein Versuch, sich billig aus der Affäre zu ziehen. Wenn die Realität nicht so läuft, wie ich das will, dann denke ich mir eben eine andere aus: Die Welt als Wille und Vorstellung. ■

#### Anmerkungen:

[1] Das utopische Bild einer vollends technisierten Welt, in der alle Arbeit von Maschinen besorgt wird, scheint mir erstens wenig realistisch und zweitens auch nicht besonders wünschenswert. Schließlich haftet diesem Bild wie fast jeder Utopie ein Moment der Entfremdung an: nicht Menschen bestimmen ihr Schicksal, sondern „mit eigenem Leben begabte“ (Marx) Roboter.

[2] Nicht eben wenige Individuen wurden ihrer kapitalen Subjektivität beraubt, weil sie für den Verwertungsprozess überflüssig sind. Diese substituieren zumeist das Verlorene durch eine Subjektivität zweiter Klasse, als Mitgliedschaft in einer der vielen Banden. Die Zwänge des Kapitals schlagen dann voll durch, indem sie in unvermittelter Brutalität exekutiert werden: Raub, Mord und Totschlag als wiederkehrende Erinnerung an den sorgsam verdrängten Ursprung des Kapitals.

[3] Gemeint sind Gruppen mit Namen wie Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, La Banda Vaga oder K21.

[4] So Karl Rauschenbach und Kristian Majakowski in: *Phase 2*, Nr. 25/2007, bzw. Josef Swoboda und Gustav Trabe in: *Phase 2*, Nr. 16/2005.

[5] Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, *28 Thesen zur Klassengesellschaft*, in: *Kosmoprolet*, Nr. 1/2007, S. 14, 51.